

Rauchverbot noch dieses Jahr?

Kiel – Das Rauchverbot in Schleswig-Holstein rückt näher. Noch vor der Sommerpause will Gesundheitsministerin Gitta Trauernicht dem Landtag einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung vorlegen. Gestritten wurde bereits gestern darüber.



Heiner Garg (FDP) möchte die Gastwirte selber entscheiden lassen, ob geraucht werden darf. Foto tas

Der FDP-Abgeordnete Heiner Garg befürchtet das Schlimmste: "Hier wird ein regelrechter Feldzug gegen Raucher geführt", ereiferte sich der Liberale im Landtag und fragte: "Was soll eigentlich noch alles verboten werden? Schokoriegel, Gummibärchen, Videospiele?" Dass der Gesundheitsschutz ganz auf freiwilliger Basis funktioniert, glaubt allerdings auch Garg nicht. Der Kieler Abgeordnete legte dem Parlament deshalb einen eigenen Entwurf für ein Nichtraucherschutzgesetz vor, das sich auf den ersten Blick sogar weitgehend mit den Vorstellungen der Landesregierung deckt. Unstrittig ist: In allen öffentlichen Gebäuden des Landes und der Kommunen, in Schulen, Krankenhäusern und Kindergärten darf zukünftig nicht mehr gequalmt werden. Wer sich trotzdem eine Zigarette ansteckt, muss damit rechnen, dass ihm ein Bußgeld von bis zu 400 Euro aufgebremst wird. Der große Unterschied: Der FDP-Entwurf schreibt zwar ebenfalls ein umfassendes Rauchverbot in Gaststätten und Diskotheken vor. Geht es nach den Liberalen, können sie aber vom Betreiber als Raucher-Gaststätte oder Raucher-Disco ausgewiesen werden. "Schluss mit dem missionarischen Eifer. Lassen wir die Wirte selbst entscheiden", forderte Garg.

Im Landtag fand er dafür allerdings keine Mehrheit. "Die Gefahren des Passivrauchens sind mittlerweile unstrittig", erklärte die CDU-Abgeordnete Frauke Tengler. In der Union gebe es lediglich noch Klärungsbedarf, wie mit kleinen Eckkneipen und mit geschlossenen Gesellschaften umzugehen ist. "Es geht nicht darum, Rauchern ihren Genuss zu vermiesen", machte der SPD-Abgeordnete Peter Eichstädt klar. "Aber dort, wo sich Raucher und Nichtraucher begegnen, muss der Nichtraucherschutz Vorrang haben." Die FDP greife mit ihrer Regelung nur "olle Kamellen" auf, die man in Niedersachsen längst fallen gelassen hat. Auch der SSW-Abgeordnete Lars Harms sprach sich "ohne Wenn und Aber" für ein Rauchverbot in allen öffentlich zugänglichen Bereichen aus.

Monika Heinold von den Grünen war weder mit den Regierungsplänen noch mit dem FDP-Entwurf zufrieden, den sie als "unverantwortlich" bezeichnete. Doch auch die vom Kabinett beschlossenen Eckpunkte gehen ihr nicht weit genug. Gaststätten, Kneipen und Discotheken müssen demnach zwar generell rauchfrei sein. Ein abgetrennter Raucher-Raum ist aber zulässig. Der Vorteil: Den anderen Gästen bliebe auf diese Weise zwar die dicke Luft erspart. Der Nachteil: Das Personal wäre dem Qualm trotzdem beim Servieren ausgesetzt. "Wir sind nicht bereit, den Arbeitsschutz in den Wind zu schreiben", sagte Heinold.

Gesundheitsministerin Trauernicht verteidigte die geplante Regel dagegen als "ausgewogen" und lehnte zugleich den FDP-Vorstoß kategorisch ab. "Das ist kein Nichtraucherschutzgesetz sondern ein Rauchergesetz." Trauernicht ist überzeugt: "Eine breite Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich einen klaren Schutz vor dem Passivrauchen." Der Regierungsentwurf befinde sich derzeit in der Anhörung, werde aber noch im Juni ins Parlament eingebracht. "Ich hoffe dann auf eine schnelle Entscheidung, damit Schleswig-Holstein vorn dabei ist."

Von Bodo Stade

nordClick/kn vom 11.05.2007 01:00

Quelle im Internet: <http://www.kn-online.de/artikel/2141183>